



Der Krieg in der Ukraine, neue Lockdowns in China, gesprengte Lieferketten und explodierende Rohstoffpreise bringen das Risikomanagement der Unternehmen gehörig ins Schwitzen.

Eine aktuelle Studie von Österreichs führendem Kreditversicherer Acredia und Allianz Trade geht bis Ende des Jahres von einem Anstieg von plus zehn Prozent bei den weltweiten Firmeninsolvenzen aus. Für 2023 wird ein Plus von 14% prognostiziert. „Die Gefahr von Zahlungsausfällen ist durch die vie-

len gleichzeitigen Krisen enorm gestiegen“, warnt Acredia-Vorstand Michael Kolb. „Unternehmen sollten sich jetzt überlegen, welche Risiken abgesichert und welche selbst getragen werden können.“

Bald auf Vorkrisenniveau

Die Ära der niedrigen Insolvenzzahlen geht langsam zu Ende. Für 2022 wird in Europa ein Pleitenplus von +13 Prozent erwartet und damit eine Angleichung an die Zahlen zu Beginn der Coronakrise. Diese Entwicklung geht in den einzelnen Ländern unterschiedlich schnell vonstatten.

Während für Spanien, Griechenland und Luxemburg bereits 2022 ein Wert über dem Vor-Pandemie-Niveau prognostiziert wird, sollte sich das Insolvenzgeschehen in Italien, Portugal und den nordischen Ländern erst 2023 normalisieren.

Verzögerung in Deutschland

Auch in Deutschland verzögert sich die Normalisierung. Es wird zwar mit einem Plus an Pleiten von vier Prozent für 2022 beziehungsweise zehn Prozent für 2023 gerechnet. Allerdings liegen diese Werte um -22% beziehungsweise -14% unter den Insolvenzzahlen von 2019.

In den USA und China zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Auch hier wird mit steigenden Insolvenzfällen gerechnet, allerdings halten staatliche Eingriffe die Zahlen künstlich unter dem

Niveau vor Beginn der Pandemie.

Konkret erwarten die Experten für die Vereinigten Staaten plus acht Prozent (2022) und +23% (2023) beziehungsweise für China plus ein Prozent (2022) und plus elf Prozent (2023).



© Acredia/Martina Draper

”

Unternehmen sollten sich jetzt überlegen, welche Risiken abgesichert und welche selbst getragen werden können.

Michael Kolb
Acredia-Vorstand

“

Über die Acredia-Gruppe

Joint Venture mit OeKB

Acredia ist mit einem Marktanteil von über 50% und einem Gesamtobligo von mehr als 29 Mrd. € Österreichs führende Kreditversicherung und schützt offene Forderungen im In- und Ausland.

Acredia steht im Eigentum einer Managementholding – 49% hält die Euler Hermes AG, Hamburg, und 51% die Oesterreichische Kontrollbank AG (OeKB) Wien. Der Umsatz der Acredia-Gruppe beträgt insgesamt 83,5 Mio. €. Acredia hat sich für das Gütesiegel „equalitA“ des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort qualifiziert und zählt damit zu Österreichs Unternehmen, die innerbetriebliche Frauenförderung aktiv leben.

1.046

Negativrekord in Österreich

Laut Insolvenzsstatistik des KSV1870 waren im 1. Quartal 2022 insgesamt 1.046 Unternehmen in Österreich insolvent. Zum Jahresende könnten es knapp 5.000 werden – plus 60% im Vergleich zum Vorjahr (3.034) und der höchste Wert in Europa.

Trendwende im Gang

Auch hierzulande in Österreich ist die Trendwende bereits voll im Gang. Laut Insolvenzsstatistik des KSV1870 waren im 1. Quartal 2022 1.046 Unternehmen in Österreich von einer Insolvenz betroffen.

Bis Ende des Jahres könnte sich die Gesamtzahl der Firmenpleiten laut Studie bei knapp 5.000 einpendeln. Das entspräche einer Steigerung von +60% im Vergleich zum Vorjahr (3.034), der höchste Wert aller europäischen Länder.

Kolb erklärt: „Während der Pandemie sank die Zahl der Insolvenzen in Österreich stärker als in anderen Ländern. Jetzt, wo sich das Insolvenzgeschehen normalisiert, steigen sie eben auch stärker an. Bis Ende des Jahres könnten die Firmenpleiten wieder knapp unter bzw. über dem Niveau von 2019 liegen.“

2023 wird wie vor Pandemie

2023 könnte es dann zum ersten Mal wieder so weit sein, dass die Insolvenzzahlen höher liegen, als vor Beginn der Pandemie. Die Studie geht von rund 5.500 Insolvenzfällen für 2023 aus, was einem Plus von elf Prozent im Vorjahresvergleich entspricht (plus zehn Prozent im Vergleich zu 2019).

„Das große Fragezeichen bleiben jedoch die Staatshilfen“, betont Kolb. „Wenn Regierungen wieder den ‚Koste es, was es wolle‘-Joker ziehen, dann könnte sich die Normalisierung des Insolvenzgeschehens weiter hinauszögern.“